

Denkmal ohne Klimawende?

Photovoltaik in einer denkmalgeschützten Siedlung: Verträgt sich das? Die Siedler der Heimaterde und die Stadt liegen hier seit Jahren über Kreuz

Von Mirco Stodolick

Der Streit zwischen Eigenheimbesitzern in der denkmalgeschützten Siedlung Heimaterde und der Stadt um das Anbringen von Photovoltaikanlagen: Der Klimanotstand ist ausgerufen, die Denkmalschützer verharren in Skepsis. Doch sie zeigen eine Perspektive auf.

Was ist wichtiger in der aktuellen Zeit: Denkmal- oder Klimaschutz? Das fragen sich etliche Siedler. Im August erst wieder hatte die Siedlervereinigung Vertreter der Denkmalbehörde zum konfrontativen Treffen geladen, die Nutzung von Photovoltaik ist ihnen zu stark reglementiert. Photovoltaikanlagen dürfen bislang nur angebracht werden, wenn sie das Erscheinungsbild der Siedlung nicht beeinträchtigen. So lehnt die Verwaltung regelmäßig die Installation von Anlagen ab, die von der Straße aus zu sehen wären.

Siedlervereinigung fordert großzügigere Genehmigungen ein

Es gab schon Klagen. Der Leiter des Amtes für Bauaufsicht und Denkmalpflege, Axel Booß, stellte in der Sitzung des Planungsausschusses aber klar, dass „alle Entscheidungen zugunsten der Denkmalbehörde“ gefällt worden seien. Ein diesbezüglicher Denkmalschutz sei auch doppelt abgesichert durch Denkmalschutzsatzung von 2008 und Bebauungsplan. Der Planungsausschuss hatte sich auf Antrag von SPD sowie CDU und Grünen mit der Sache beschäftigt. Egon Janz als Vorsitzender der Siedlervereinigung hatte in einem Schreiben an Amtsleiter Booß Entgegenkommen angeboten, etwa dass die Siedlervereinigung daran mitwirken könnte, Kriterien zu entwickeln für eine eigentümerfreundlichere Genehmigungspraxis.

Für Booß müssen es aber „denkmalverträgliche Lösungsansätze“



Die Gartenhaussiedlung Heimaterde steht seit 2008 unter Denkmalschutz. Was Hausbesitzer ärgert: Photovoltaik-Anlagen werden nur in Ausnahmen genehmigt.

FOTO: MARTIN MÖLLER / FUNKE FOTO SERVICES

sein. Mit Denkmalschützerin Melanie Rimpel legte er der Politik noch mal dar, dass die Stadt sehr wohl in eine Einzelfallprüfung gehe, um Antragstellern möglichst weit entgegenzukommen. Man bewege sich dabei in der Abwägung zwischen Klimaschutz und Denkmalschutz, die im Übrigen juristisch gleichrangig nebeneinander stünden.

„Der Klimawandel erfordert jetzt ein Umdenken und Tun. Alle Möglichkeiten des verstärkten Einsatzes erneuerbarer Energien - auch im kleinsten Maßstab - sind dazu zu nutzen“, hatte Janz gefordert. „Es gibt andere Möglichkeiten, Gebäude klimagerecht zu entwickeln“, entgegnete Booß, räumte aber ein, dass die Verwaltung in Zukunft wohl „viel mehr ganzheitliche Beratung“ diesbezüglich anbieten sollte, um Hausbesitzern Alternativen zur

Photovoltaik aufzuzeigen. Dieser Meinung war auch Andreas Schmelzer, für die CDU sachverständiger Bürger im Planungsausschuss: „Energieberater könnten Wege aufzeigen, ohne die Siedlung zu verschandeln.“

Designierter neuer Baudezernent mahnt: Was weg ist, ist weg

Der designierte neue Baudezernent Felix Blasch mahnte, nicht zu unterschätzen, was eine laschere Genehmigungspraxis für Folgen haben könnte. „Was weg ist, ist weg“, sagte er im Einklang mit Melanie Rimpel, die Siedlern und der Politik einen Blick zum Humboldtthain oder zur Oberheidstraße empfahl, um zu erkennen, dass strikte Denkmalschutz-Regularien auch hülften, den Eigentümern Werte zu erhalten.

Rimpel war es denn, die den Siedlern Hoffnung machte, womöglich doch bald schon Photovoltaik auch straßenseitig anwenden zu können. Sie verwies auf ein Modellprojekt auf der Essener Margarethenhöhe zur Erprobung innovativer, denkmalverträglicher Maßnahmen zur Energieoptimierung. Dort sind etwa Solardachziegel in der Erprobung, die sich Rimpel und Booß auch auf der Heimaterde vorstellen könnten.

Ein Vor-Ort-Termin mit der Planungspolitik ist in Aussicht gestellt. Die Politik blieb skeptisch, ob allein

dadurch der Frieden auf der Heimaterde hergestellt werden kann. Eckart Capitain (CDU) sieht eine große Verunsicherung, auch weil die Stadt schon „viele Sündenfälle“ begangen habe, etwa durch die Genehmigung von „Neubauten, die nicht recht reinpassen“, oder PV-Anlagen wie eine an Neulens Höhe, für die offenbar eine großzügige Ausnahme gemacht worden sei. Mitnichten, entgegnete Booß zu diesem Fall. Die Anlage sei installiert worden ohne denkmalrechtliche Erlaubnis, deutete er Konsequenzen an.

Brigitte Erd forderte ein, dass die „Stabstelle Klimaschutz“ künftig in Genehmigungsverfahren involviert wird. Ihr Parteikollege Timo Spors und Sven Deege (SPD) forderten die Verwaltung auf, es auch auf der Heimaterde möglich zu machen, Klimaneutralität erreichen zu können. „Denkmalschutz muss sich auch mal anpassen können“, will Hubert Niehoff (Grüne) eine großzügigere Auslegung des Rechts. Dietmar Berg (MBI) sieht gar die Notwendigkeit, die Denkmalsatzung für die Siedlung zu ändern.

Erst einmal ist die seit mehr als zehn Jahren gärende Angelegenheit aber wieder vertagt. Ausschussvorsitzende Christina Küsters versprach den Siedlern aber: „Wir werden das Thema kurzfristig weiterverfolgen.“

Stadt will gegen Schottergärten vorgehen

■ Axel Booß als Leiter der städtischen Denkmalschutzbehörde kündigte in einem Schreiben an die Siedlervereinigung zuletzt an, härter gegen **Schottervorgärten** auf der Heimaterde vorgehen zu wollen.

■ „Wie auch bei anderen ungenehmigten und in der Art als er-

hebtlich zu wertenden Eingriffen

führen auch die Veränderungen der Vorgärten durch ‚Schotter‘ und Pflasterungen zu einer deutlichen Störung des Erscheinungsbildes der Siedlung“, so Booß dazu. Die Untere Denkmalbehörde werde diese Fälle „nach und nach aufgreifen“, prüfen und tätig werden.